



**Information zur Verarbeitung von Sozialdaten
im Berliner Notdienst Kinderschutz (BNK)
der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
gem. Art.13, 14 Datenschutzgrundverordnung - DSGVO**

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten und die Ihres/r minderjährigen Kindes/r auf der Grundlage der Artikel 6 ff. der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung; im Folgenden kurz: DSGVO) i.V.m. §§ 35 SGB I, 61 ff SGB VIII, 67 ff SGB X sowie des Berliner Datenschutzgesetzes.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Bernhard-Weiß-Str. 6, 10178 Berlin, ist verantwortlich für die Datenverarbeitung. Die Kontaktdaten des hiesigen Datenschutzbeauftragten lauten:

Ümit Teke Telefon 9(0)227 5886 uemit.teke@senbjf.berlin.de

Die Daten werden teilweise mit Hilfe eines elektronischen Fachverfahrens verarbeitet, um die genannten Aufgaben zu erbringen. Die Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Familie ist für die Betreuung der IT-Verfahren zuständig.

Zu welchem Zweck werden Daten erhoben?

Um eine Überprüfung von gewichtigen Hinweisen für eine evtl. Kindeswohlgefährdung vorzunehmen, ist es erforderlich, von Ihnen und Ihrem Kind / Ihren Kindern personenbezogene Daten (z.B. Name, Adresse, Beratungs- bzw. Prüfungsanlass) zu erheben. Dies dient der Erreichbarkeit der Ratsuchenden, der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags des BNK sowie der statistischen Auswertung anonymisierter Daten. Es werden ausschließlich Daten erfasst, die zu den genannten Zwecken erforderlich sind. Die Datenverarbeitung erfolgt zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben aus § 16 AG KJHG Berlin in Verbindung mit §§ 8, 8a, 42, 61ff. SGB VIII.

Der BNK nimmt die Bereitschafts- und Notdienstfunktion aller Berliner Jugendämter in Fällen akuter, gewichtiger Hinweise auf Kindeswohlgefährdungen und für die Inobhutnahme gemäß § 42 SGB VIII wahr. Damit handelt der BNK stellvertretend für das fallzuständige Jugendamt außerhalb dessen Erreichbarkeitszeit. Die weitere Bearbeitung und Fallführung erfolgt durch das jeweils zuständige Jugendamt.

Welche Daten werden erhoben und wo werden sie gespeichert?

Es werden ausschließlich personenbezogene Daten bzw. Sozialdaten verarbeitet, soweit die Verarbeitung zu den o.g. Zwecken erforderlich ist. Bei den Daten handelt es sich um Personendaten, wie Name, Vorname, Geburtsdatum, Wohnadresse, Herkunft, Bildungs- und Erwerbsstatus sowie weitere statistische Merkmale, wie z.B. Anlaß, Ort und Dauer der Maßnahme und zur Lebenssituation der Hilfeempfängerin/des Hilfeempfängers.



Ihre Daten dienen der Erfüllung unserer Aufgaben im Kinderschutzverfahren bzw. in der Krisenintervention.

Aufbewahrung und Löschung

Unterlagen über die Prüfung gewichtiger Hinweise einer evtl. Kindeswohlgefährdung werden nach einem Jahr gelöscht, wenn eine Gefährdung ausgeschlossen werden konnte.

Unterlagen von Kinderschutzfällen werden 10 Jahre aufbewahrt.

Datenweitergabe

Eine Weitergabe von Daten erfolgt an das fallzuständige Jugendamt. Eine Übermittlung Ihrer Daten darf im Einzelfall an weitere öffentliche Stellen (z.B. andere Organisationseinheiten der Bezirksamter, Gerichte, Polizei) und nicht-öffentliche Stellen (z.B. Träger der freien Jugendhilfe, die in die Leistungserbringung einbezogen sind) erfolgen, sofern dies aufgrund einer Rechtsvorschrift zulässig ist.

Sie haben das Recht:

1. Von uns Auskunft¹ über die zu Ihrer Person und Ihrem Kind gespeicherten Daten zu erhalten.
2. Berichtigung², Löschung³ und Einschränkung⁴ der Verarbeitung Ihrer Daten, zu verlangen.
3. Aus Gründen, die sich aus Ihren besonderen persönlichen Situation ergeben, können Sie gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch⁵ einlegen
4. sich bei der für uns zuständigen Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin mailbox@datenschutz-berlin.de, Tel.Nr.: 030 138890) zu beschweren⁶, wenn Sie der Ansicht sind, dass Ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch Gebrauch machen, wird zunächst geprüft, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Ein Widerspruchsrecht gemäß Artikel 21 DSGVO besteht nach § 84 Abs. 5 SGB X nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Personen überwiegt oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung von Sozialdaten verpflichtet.

¹ Gemäß Artikel 15 DSGVO i.V.m. § 61 Abs. 1 SGB VIII, § 83 SGB X

² Gemäß Artikel 16 DSGVO i.V.m. § 61 Abs. 1 SGB VIII, § 84 SGB X

³ Gemäß Artikel 17 DSGVO i.V.m. § 61 Abs. 1 SGB VIII, § 84 SGB X

⁴ Gemäß Artikel 18 DSGVO i.V.m. § 61 Abs. 1 SGB VIII, § 84 SGB X

⁵ Gemäß Artikel 21 DSGVO

⁶ Gemäß Artikel 77 DSGVO i.V.m. § 61 Abs. 1 SGB VIII, § 81 SGB X